

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	8. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	3. Februar 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

5.

**Punkt 4 der Tagesordnung: Bebauungsplan „Baublock Moltke-, Freydorf-, Grenadier- und Roggenbachstraße (Neubau Finanzämter)“, Karlsruhe-Nordstadt: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB)
Vorlage: 2015/0044**

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB, den Bebauungsplan „Baublock Moltke-, Freydorf-, Grenadier- und Roggenbachstraße (Neubau Finanzämter)“, Karlsruhe-Nordstadt, aufzustellen.

Daneben beschließt der Gemeinderat, die nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgeschriebene frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung in Form einer Bürgerversammlung durchzuführen.

Der Planbereich ist aus dem einen Bestandteil dieses Beschlusses bildenden Plan vom 12.01.2015 ersichtlich.

Abstimmungsergebnis:

Bei 24 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf:

Da möchte ich gern ein paar Worte zur Einführung sagen. Das ist auch im Planungsausschuss schon Thema gewesen. Der Planungsausschuss hat dieses Begehrt bislang abgelehnt mit der Aufforderung an die Verwaltung, hier mit dem Land Baden-Württemberg noch über andere Standorte zu reden.

Für die Öffentlichkeit vielleicht noch einmal zur Erklärung: Es geht darum, dass das Finanzamt Karlsruhe-Stadt, das ja bekanntermaßen am Zirkel liegt, innerhalb einiger Jahre dort weg muss. Das Land hat das Gebäude verkauft. Es wird in Zukunft von der L-Bank mitgenutzt werden. Jetzt geht es darum, an welche Stelle in der Stadt denn das Finanzamt Karlsruhe-Stadt umzieht. Das Land hat im Sinne einer für sie auch wirtschaftlicheren Immobiliennutzung das Bestreben, auf dem Gelände der Oberfinanzdirektion in der Moltkestraße eben dieses Finanzamt als Neubau hinten im Hof zu errichten und hier

auch schon in einer zweiten Ausbaustufe in einer weiteren Zukunft auch den Standort des Finanzamtes Karlsruhe-Durlach zu verorten.

Wir haben in einer Machbarkeitsstudie dargestellt, dass das dort realisierbar ist, und wenn man es dort realisiert, dass dann auch trotzdem das Baumdenkmal in der Mitte dieses Hinterhofs und die Alleereihe entlang der dortigen Verbindungsstraße erhalten werden kann, dass es hier Tiefgaragenlösungen gibt für den aufkommenden Parkverkehr und dass es von daher grundsätzlich architektonisch und städteplanerisch möglich ist, hier dieses Gebäude in zwei Riegeln oder mit zwei Gebäuden unterzubringen. Es ist technisch, architektonisch und städteplanerisch möglich. Wir haben jetzt mit dem Land über viele andere mögliche Standorte diskutiert. Das Land war nicht bereit, auf diese Standorte einzugehen, vor allem mit der Begründung, dass dann die Synergieeffekte mit der derzeitigen Oberfinanzdirektion so eben nicht gehoben werden können. Deswegen ist noch einmal der Wunsch an die Stadt herangetragen worden, doch die Möglichkeit zu schaffen, über einen Bebauungsplan an dieser Stelle das Finanzamt zu verorten.

Bevor wir jetzt noch mal in aufwändige Diskussionsrunden gehen, war mir wichtig, dass wir hier im Gemeinderat jetzt eine Entscheidung darüber bekommen, ob wir dann gemeinsam mit dem Land diesen Weg gehen oder eine Entscheidung darüber bekommen, dass wir ihn eben nicht gemeinsam gehen. Nach den ausführlichen Diskussionen, die ich mit dem Land hatte und auch der ganz klaren Ansage des Landes, dass es ihnen hier um die Synergieeffekte geht, schlage ich Ihnen in der Abwägung doch vor, dass wir diesen Weg gehen und hier in einer Innenverdichtung die Möglichkeit schaffen sollten, das eine Finanzamt, perspektivisch auch beide Finanzämter, unterzubringen. Es wird im Rahmen der Bebauungsplanaufstellung einen sehr qualifizierten, auch sehr anspruchsvollen Prozess geben müssen, wie dort mit den verschiedenen Auswirkungen - verkehrstechnisch, bautechnisch, Verschattung und alles, was eine Rolle spielt - umzugehen ist. Die Machbarkeitsstudie zeigt uns aber, dass es grundsätzlich möglich ist.

Ich weiß aus der Nachbarschaft, dass sich dort schon sehr viele Widersprüche und auch sehr viel Protest organisieren. Das ist aus meiner Sicht auch völlig nachvollziehbar und sollte dann im Rahmen der Bebauungsplanaufstellung auch eine entsprechende Berücksichtigung finden. Es ist aber auch klar, dass, egal wie gut ich dort eine Lösung herbeiführe, es natürlich einen Eingriff in diesen sehr grünen und auch sehr parkähnlichen Hinterhofbereich gibt, und dass das auch durch eine noch so gute Planung nicht grundsätzlich einschränkbar ist. Ich sehe aber auch, dass die im Norden angrenzende Wohnbebauung durch das, was noch weiter im Norden liegt - die Einbindung dort in die Nordweststadt, in die Nordstadt - wir doch eigentlich eine sehr attraktive Wohngegend haben, die aus meiner Sicht auch weiter so attraktiv bleibt, dass ich an dieser Stelle auch denke, wir greifen natürlich in die Nachbarschaft der Bewohnerinnen und Bewohner dort ein, aber es ist auch kein aus meiner Sicht unzumutbarer Eingriff, wenn es im Rahmen der Bebauungsplanaufstellung und auch später dann der architektonischen Umsetzung vernünftig gelöst wird.

Von daher plädiere ich jetzt hier an Sie, an alle Kolleginnen und Kollegen, diesen Weg zu gehen. Im Rahmen der Bebauungsplanaufstellung wird dann eine Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen. Dann kann man hier die weiteren Einsprüche und auch Bedenken

miteinander klären und, soweit es eben möglich ist, auch berücksichtigen und dann ggf. eben zu einem solchen gemeinsam getragenen Ergebnis kommen. Ich sehe im Moment keine Alternative zu dieser Vorgehensweise, um die Synergien dort zu erhalten. Mir ist es wichtig, dass diese Landesbehörden hier in Karlsruhe verbleiben und nicht in Frage gestellt werden. Insofern spreche ich mich jetzt an dieser Stelle, auch wenn ich es in anderen begrüntem Bereichen anders mache, dort sehr deutlich für die Aufstellung eines solchen Bebauungsplans aus.

Das zur Einführung der Thematik. Jetzt haben sich eine ganze Reihe Diskutanten und Diskutantinnen gemeldet.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Neben einer Verwaltungsvorlage, die wir eigentlich schon ganz gut verstanden haben, nehme ich Ihre Ausführungen jetzt noch einmal zur Kenntnis, die im Großen und Ganzen auch der Gefühlslage meiner CDU-Fraktion entsprechen. Insofern haben Sie mir einiges vorweggenommen. Ich möchte aber doch noch einmal darauf hinweisen, der Tenor der Verwaltungsvorlage lautet, wir hätten abzuwägen zwischen den Risiken, die im Verlust oder in der Verschlechterung der Zusammenarbeit mit dem Land bestünden. Andererseits hätten wir mit dieser B-Plan-Einleitung die Chance einer maßvollen Innenentwicklung, die wir steuern könnten. Aus der Vorlage entnehme ich ergänzend, dass das Land schon zugesagt hat, dass unter keinen Umständen alternativ eine Wohnbebauung dort stattfinden soll. Das sind so ein paar Eckpunkte, die dieses Problem ein wenig beschreiben, und Sie, Herr Oberbürgermeister, geben uns zum Trost, dass wir hoffentlich mit einer aktiven Bürgerbeteiligung das eine oder andere dann so gestalten, dass es im Ergebnis eine gute Entscheidung werden wird.

Ich kann schon jetzt sagen, wir werden diese Bürgerbeteiligung aktiv mit verfolgen, weil wir da in keinem Fall den Ball verlieren wollen. Wir sehen das ja in vielen Punkten stadtbautechnisch genauso. Was ich in jedem Fall bemängle ist, das Land hat uns in eine Zugzwangssituation gesetzt, darauf muss noch einmal betonend hingewiesen werden. Wer verkauft denn seine Immobilie, bevor er gesichert über eine vernünftige Ersatzimmobilie verfügen kann? Ein Weiteres: Dass wir hier einen gewachsenen Innenbereich haben, der als Juwel anzusehen ist, wie mir das heute ein Bürger am Telefon sagte, erspart mir jegliche weitere Beschreibung in stadtplanerischer Sicht.

Der Rest ist ein bisschen Opportunität, Herr Oberbürgermeister. Da werden Synergien dargestellt, die kann man bewerten. Die eine Synergie ist nachvollziehbar. Es ist vieles im Ablauf direkter. Aber wie ist das in Geld zu bewerten und was liegt auf der Waagschale? Da haben wir bei manchen Punkten, die vom Land angeführt werden, erhebliche Zweifel, dass sie ihr Geld, vor allem den Einsatz, den wir hier haben, wert sind. Das müssen wir ganz offen sagen. Ob die Bürgerfreundlichkeit gewinnt, da habe ich auch meine Zweifel. In dem Zusammenhang erlauben Sie mir eindeutig den Hinweis: Diese Entscheidung heute hat mit einer Entscheidung des Gemeinderates, soweit er dazu etwas zu sagen hat, über die Verlegung des Finanzamtes Karlsruhe-Durlach nichts zu tun. Da werden wir noch ein gesondertes Wörtchen zu reden haben, wenn denn das Land den Mut haben sollte, an dieses Thema heranzugehen.

Ginge es um ein privatwirtschaftliches Vorhaben, dann wäre ein solcher Vorhabenträger in dieser Situation mit den hier bekannten Mehrheiten abgeblitzt. Die CDU geht mit den Argumenten von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, gedungen mit - in der Hoffnung, dass die guten Geister, die ganz offensichtlich das Land verlassen haben, wieder zurückkommen. Wir werden das Verfahren, wie bereits angekündigt, sehr, sehr aufmerksam begleiten.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Zeh (SPD): Wenn man in der Moltkestraße an der Oberfinanzdirektion entlang fährt, merkt man, es ist ein riesiges Gebäude, sieht aber nicht sofort, was eigentlich dahinter liegt, dieses doch riesige Landesgrundstück, was sich dahinter erschließt, mit einer parkähnlichen Anlage, einer Allee, Schrebergärten und dem Naturdenkmal Eiche. Da muss man schon bewusst hingehen. Es ist sicherlich ein ruhiges Stück der Innenentwicklung.

Ihre Vorlage macht das eigentliche Dilemma deutlich. Wir haben schon oft Aufstellungsbeschlüsse gemacht, ganz nüchtern und sachlich, mit Straßen, die eine Begrenzung waren, und das Ganze soll für Wohnbau oder für Gewerbe entwickelt werden. Das ist so ein klassischer Aufstellungsbeschluss, wie wir ihn häufig im Planungsausschuss auch fassen. Hier wird in der Vorlage das eigentliche Dilemma, vor dem wir insgesamt stehen, deutlich. Die Alternativen wurden angeboten, sind geprüft worden, kommen nicht in Frage. Für uns kommt auch nicht in Frage, dass ein Finanzamt irgendwo weit draußen auf der grünen Wiese oder außerhalb entsteht. Es muss schon zentrumsnah sein. Wer natürlich Innenentwicklung will und keine Grundstücke hat, kommt immer in das Dilemma hinein. Die Nachbarschaft ist natürlich gegen innere Bebauung. Wir haben uns da auch schon bei verschiedenen Grundstücken dafür eingesetzt, Innenhöfe freizuhalten. Es ist sicherlich nicht immer möglich.

Aber, Herr Pfannkuch, das Land stand natürlich auch vor einem Dilemma. Das International Department ist derzeit am Schloss angesiedelt, die L-Bank wollte eigentlich, dass es dann in ihr Gebäude wieder reingeht. Da hat eben sozusagen das Land als Tausch das Finanzamt angeboten. So kommt natürlich der eine Dominostein nach dem anderen Dominostein, und jetzt stehen wir hier vor dieser Entscheidung des Aufstellungsbeschlusses.

Die Synergien beim Land erkennen wir durchaus an: Kantine, Kindergarten, Hausmeisterservice, innere Verwaltung. Man sieht ja auch - ich sage jetzt mal das Stichwort Grundbuchamt, was wir auch früher hier in Karlsruhe hatten, inzwischen gibt es nur noch eines in Waldbronn, hier nur noch eine elektronische Außenstelle -, dass sich die ganzen Landesbehörden verändern. Ich muss zugeben, ich musste früher auch regelmäßig zum Finanzamt gehen. Inzwischen mache ich das auch elektronisch, nur noch ein paar Sachen kommen per Post an, aber ich gehe nicht mehr persönlich aufs Finanzamt. Das wird sich sicherlich auch bei den Landesbehörden weiter verändern. Deshalb sind natürlich Synergien im Sinne von „Raumprogramm flexibler nutzen“ durchaus nachvollziehbar.

Wichtig ist jetzt, es ist ja nur der Aufstellungsbeschluss. Das ist in einem Bebauungsplanverfahren tatsächlich nur der erste Schritt. Das Land hat angeboten, einen Wettbewerb zu machen. Der Wettbewerb muss sorgfältig geprüft werden. Wichtig ist auch eine frühzeitige Bürgerbeteiligung, die Bürger mitzunehmen. Herr Oberbürgermeister, Sie haben es angesprochen, die direkte Nachbarschaft wird natürlich mit den Veränderungen sehr stark konfrontiert. Hier gab es schon Proteste. Ein ruhiges Gelände wird verändert. Die Frage „Verkehr und Umwelt“ muss berücksichtigt werden. Wir müssen versuchen, die Bürger hier bei der Veränderung auch weiter mitzunehmen.

Zunächst ist von uns heute nur die Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss gefordert. Diesen Aufstellungsbeschluss werden wir als SPD mittragen. Wir werden das weitere Verfahren auch kritisch begleiten und uns dann weiter einmischen und werden den Fortgang des Verfahrens sehen. In diesem Sinne Zustimmung zur heutigen Vorlage.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Das ist eine echte Abwägungsentscheidung, die wir hier zu treffen haben. Da es sich aber um einen Aufstellungsbeschluss im Bebauungsplanverfahren handelt, werden wir natürlich die städtebaulichen Aspekte etwas stärker in den Vordergrund stellen, als es jetzt bei den Kollegen im Vorfeld zum Tragen gekommen ist. Wir haben uns auch im Planungsausschuss sehr intensiv damit beschäftigt.

Wir dürfen uns da nichts vormachen. Es ist ein städtebaulich hoch sensibles Gebiet. Man könnte es durchaus auch als gewisses Kleinod bezeichnen. Nichtsdestotrotz haben wir gesagt, Innenentwicklung wollen wir, aber wir müssen uns die Baumassen vergegenwärtigen. Wenn beide Bauabschnitte realisiert werden, sind das 20 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche, um das vielleicht einmal deutlich zu machen. Das ist das vierfache Volumen der Erweiterung der GMS Augustenburgschule, über das wir jetzt gerade sprechen. Damit würde klar, auch wenn sich die entsprechenden Akteure in der Rahmenplanung sehr viel Mühe gegeben haben, der Charakter des Gebietes ginge definitiv verloren. Er würde nicht erhaltbar sein und auch nicht in Anteilen gerettet werden können. Dementsprechend sind wir sehr skeptisch, was diesen Standort angeht.

Es sollen fünf Vollgeschosse realisiert werden. Es ist noch ein Wettbewerb abzuwarten, aber im Rahmenplan wurde das als Eckpfeiler schon definiert, und wir haben die entsprechenden Rückmeldungen bereits aus der Vertretung der Bürgerschaft, dass dieses Anliegen nicht goutiert werden würde.

Wenn man die Vorlage sehr genau liest, dann kann man auch eine gewisse Skepsis hinsichtlich der städtebaulichen Aspekte aus der Vorlage herauslesen. Der tragende Punkt, warum, Sie hatten es auch ausgeführt, in der Abwägung jetzt hier eine Zustimmung empfohlen wird, ist die Zusammenarbeit mit dem Land. Wir könnten uns für dieses Gebiet eine deutlich kleinteiligere Wohnbebauung vorstellen, auch wenn das Land jetzt mitgeteilt hat, dass es dafür erstmal das Gelände nicht verkaufen würde.

Wenn wir das alles zusammenbringen, kommt für uns letztendlich dann aber doch das gleiche Ergebnis wieder raus, wie wir uns auch im Planungsausschuss verhalten haben.

Wir möchten diesen Aufstellungsbeschluss nicht mittragen und lehnen deshalb heute ab.

(Beifall)

Stadtrat Braun (KULT): Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt und Durlach zusammenzuführen, macht Sinn, allein aus dem Grund, dass gemeinsame Synergien genutzt werden können. Doch wie so soll gerade dort gebaut werden, wo die Leute doch gerade wegen der noch vorhandenen Idylle hinziehen, um dann bald mitten im Innenhof des Gebiets zwei fünf- bis sechsstöckige Gebäude mit Tiefgaragen - für jedes Gebäude eine eigene, versteht sich - vorzufinden. Gerade diese letzten Grünflächen in diesem Gebiet und die ruhige Lage, die die Anwohner dort so schätzen, würden durch die Bebauung wegfallen.

(Beifall **Stadtrat Dr. Fischer/KULT**)

Auch städtebaulich - Sie können es sich vorstellen - passt es überhaupt nicht. Die Anwohner sind zu recht geschockt. Genauso wie der Bürgerverein Nordstadt wollen sie dieses Bauvorhaben verhindern. Ein durch die Bebauung verursachtes erhöhtes Verkehrsaufkommen würde uns vor mehrere Probleme stellen, nicht zuletzt, weil in unmittelbarer Nähe ein Kindergarten angrenzt.

Dass das Land alle Alternativstandorte kategorisch ablehnt, weil Priorität 1 nun mal Standort Moltkestraße zu sein scheint, finde ich sehr schade, auch weil ich den Standort Ludwig-Erhard-Allee bislang als perfekt ansah, von der zentralen Lage genauso wie von den dort zu erwartenden Synergieeffekten bis hin zur städtebaulichen Sicht.

(Vereinzelter Beifall aus den hinteren Reihen)

Doch lieber nimmt das Land etwas mehr Geld in die Hand, um die in der Ludwig-Erhard-Allee notwendigen Schallschutzmaßnahmen zu treffen, als dass wir unseren Anwohnern sowie dem Bürgerverein in den Rücken fallen. Aus diesen und weiteren Gründen sprach sich auch der Planungsausschuss vergangenes Jahr gegen den Standort Moltkestraße aus und lehnte den Bebauungsplan ab. Genauso wird die KULT-Fraktion diesen heute ablehnen und fordert, weitere Standorte zu prüfen oder den Standort Ludwig-Erhard-Allee als erste Priorität zu verfolgen.

(Beifall bei der KULT-Fraktion)

Stadtrat Høyem (FDP): Wir freuen uns, dass wir alle das Thema Bürgerbeteiligung mehr und mehr ernst nehmen. Es ist nicht ganz so einfach, wie man vielleicht denkt. Wir leben in der repräsentativen Demokratie und wissen alle, dass die größte Bewegung in der Welt nicht eine religiöse oder politische Bewegung ist. Die größte Bewegung ist, was die Engländer „not in my backyard“ nennen, oder in Deutsch das Florianprinzip ist. In der Vorlage schreibt die Verwaltung ganz ehrlich, und ich zitiere: „Es ist Widerstand gegen das Vorhaben durch Anwohner zu erwarten. Der Bürgerverein Nordstadt hat sich bereits ablehnend dazu geäußert.“

Wir können den Bebauungsplan selbstverständlich trotzdem beschließen. Die Anwohner haben auch den Fernbusbahnhof in der Fautenbruchstraße abgelehnt, aber eine Mehrheit im Gemeinderat hat es trotzdem entschieden. Eine Mehrheit im Gemeinderat ist, als es um die Biogasanlage in Durlach ging, den Bürgern gegen den Verwaltungsvorschlag gefolgt. Wir Liberalen lehnen diesen Bebauungsplan ab. Ganz einfach, weil es ein Baublock ist. Gerade an diesem Standort ist so ein Bau wie der berühmte Elefant im auch so berühmten Porzellanladen. Wir sind auch ein bisschen irritiert dem Land gegenüber. Wir sind für die Entwicklung von Karlsruhe-Stadt verantwortlich. Dann ist zu einfach für das Land, den Standort an der Ludwig-Erhard-Allee abzulehnen. Es ist auch nicht akzeptabel, wenn es heißt, das Land hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass der Blockinnenbereich zum Zweck einer Wohnnutzung nicht zum Verkauf steht. Das ist eine Drohung.

(**Stadtrat Cramer/KULT:** Aber wirklich!)

Wir wollen unsere Innenstadt nicht mit Verwaltungsbaublöcken vollstopfen. Wir wollen Wohnraum in der Innenstadt schaffen. Wir denken, dass unser Gemeinderat und unsere Verwaltung auf Augenhöhe mit Stuttgart andere Standorte diskutieren sollen. Was mit dem Finanzamt Durlach passieren soll, muss man selbstverständlich im Durlacher Ortschaftsrat diskutieren.

(Beifall bei der FDP und bei **Stadtrat Cramer/KAL**)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Worum geht es hier eigentlich? Es geht hier darum, das Finanzamt aus dem Zentrum von Karlsruhe an die Peripherie zu verlegen und genauso aus dem Zentrum von Durlach nach Karlsruhe. Ist eigentlich der Steuerzahler für das Finanzamt da oder das Finanzamt für die Steuerzahler? Wir von der AfD sind der Überzeugung, dass das Finanzamt für die Steuerzahler leicht erreichbar sein muss, auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Deswegen gehört es in die Mitte der Stadt.

Wie auch aus der Unterlage schon hervorgeht ist der Standort, um den es jetzt gerade geht, nicht geeignet. Er befindet sich in der Nähe des Städtischen Klinikums, wo auch oft die Besucherparkplätze schon alle belegt sind. In dem Bereich, von dem wir sprechen, habe ich schon oft geparkt, wenn ich ins Städtische Klinikum gegangen bin, um da jemand zu besuchen oder um mich behandeln zu lassen. Wenn wir jetzt an die Stelle noch das Finanzamt stellen, dann wird der Parksuchverkehr dort überhandnehmen. Die ruhige Wohngegend wird ihren ruhigen Charakter einbüßen. Außerdem halten wir es für nicht zumutbar für die Steuerzahler, dass sie an der Stelle das Finanzamt aufsuchen müssen. Deswegen sind wir dagegen.

(Beifall bei **Stadtrat Bernhard/AfD**)

Stadträtin Zürn (Die Linke): Wir schließen uns der Argumentation vor allem von unserem Kollegen Stadtrat Geiger an. Da ist städtebaulich das gesagt, was uns auch am Herzen liegt. Die Vorgeschichte zeigt, dass wir auf diese gemeinsame partnerschaftliche Abstimmung, die dann erfolgen soll, nicht allzu viel Optimismus entwickeln können. Wir verstehen zwar dieses Anliegen, dass wir abwägen sollen zwischen den verschiedenen Interessen. Was für uns aber gar nicht geht, ist vorher zu sagen, wir nehmen die

Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtteil und aus der Stadt mit, und können das nachher gar nicht, weil es einfach keine Beteiligung gibt. Deswegen müssen wir sagen, wir sehen diese Kompromisse nicht und lehnen den Antrag ab.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich möchte nur einen Aspekt hier ansprechen. Ich habe einfach Probleme mit dem Land in der Art und Weise, wie sie mit uns verhandeln.

(Beifall bei **Stadtrat Cramer/KULT**)

Wenn die Stadt Karlsruhe eine Option, verschiedene Möglichkeiten anbietet und die werden dann einfach leichtfertig weggetan, kann ich nicht damit leben, dass wir jetzt gezwungen werden, auf diesen einen Punkt hin abzustimmen. Deswegen bocke ich an der Stelle und sage, nein, da mache ich nicht mit.

(**Stadtrat Cramer/KULT:** Sehr gut!)

Stadtrat Wenzel (FW): Ich spreche jetzt nicht nur als Freie-Wähler-Stadtrat, sondern auch als Durlacher zu Ihnen. Genauso wie im Planungsausschuss werde ich hier diesen Antrag ablehnen.

1. Weil wir als Durlacher auf dieses Finanzamt bestehen. Dies steht uns zu laut Eingemeindungsvertrag.
2. Zum anderen halten wir den Service, das das Finanzamt uns als Bürgern und Steuerzahlern bieten sollte, draußen in der Peripherie für nichtig.
3. Das Ensemble, das dort steht - landschaftlich, gebäudlich -, in seiner Gesamtheit zu zerstören für ein Gebäude, das nachher sehr klotzig ist - und da schließe ich mich der Rede des Kollegen Geiger an -, kann ich nicht einsehen.

Hier bin ich dafür, ein klares Signal zu setzen: Liebe Landesbehörde, sucht weiter. Ich denke, die Möglichkeiten sind vorhanden, hier in Karlsruhe etwas Besseres zu finden.

(Vereinzelter Beifall)

Der Vorsitzende: Vielen Dank für die klaren Aussagen. Ich möchte zu machen Punkten noch einmal kurz Stellung nehmen, damit das auch vom Protokoll her und auch von der Diskussion her noch einmal richtig verstanden wird.

Es gibt hier städtebauliche Zweifel, aber die Machbarkeitsstudie sagt zunächst einmal, dass es grundsätzlich geht, und zwar auch unter Erhalt des Baumdenkmals und auch der entsprechenden Allee dort, d. h., es ist durchaus so, dass auch wichtige Charakteristika dieses Bereichs erhalten werden können. In der Tat ist es im Moment im dem Sinne zwar ein öffentlich nutzbares Gelände, aber ein eigentlich vor allem von den Anwohnern und auch den Bediensteten dort genutztes Gelände. Es ist jetzt auch keine Parkanlage, die im Rahmen des Freizeitverhaltens der Karlsruherinnen und Karlsruher eine herausgehobene Rolle spielen würde.

Das Land lehnt die Erhard-Allee ab, weil es ihnen von den Mehrkosten her zu teuer ist. Es lehnt aber die Erhard-Allee vor allem auch ab, weil man dann natürlich die Synergieeffekte mit der Oberfinanzdirektion nicht heben kann. Das ist natürlich ein Thema, dass an jedem anderen Standort in der Stadt genauso ein Problem darstellt, es sei denn, das Land würde die Oberfinanzdirektion auch gleich rausnehmen. Davon ist aber nicht auszugehen. Dann würde es natürlich auch eine preisliche Dimension bekommen, die dann wahrscheinlich den Synergieeffekten, die dem gegenüberstehen, in keiner Weise gerecht würde. Insofern empfinde ich es nicht als arrogant, die Erhard-Allee abzulehnen, sondern ich finde es nachvollziehbar, dass man sagt, uns sind am Ende trotz aller guten Gründe für die Erhard-Allee die Synergieeffekte so wichtig, und weil es grundsätzlich dort ja möglich ist zu bauen, warum sollten wir das dort nicht tun. Ich bitte von daher, alle sehr kritischen Einstellungen gegenüber dem Land noch mal zu hinterfragen, denn sie haben als Besitzer der Fläche um die Möglichkeit einer Bebauung ersucht, die ihnen grundsätzlich ja erlaubt ist. Sie entscheiden jetzt, ob wir einen solchen Bebauungsplan aufstellen oder nicht. Das ist in Ordnung. Sie tun zunächst mal als Land hier nichts Unschickliches. Die Diskussion darüber, dass man doch diese Synergieeffekte vielleicht aufgibt, und dass man das als Land jetzt nicht mit großer Begeisterung tut, ist ein Stück weit auch nachvollziehbar. Wenn Sie sich überlegen, dass es da um die Einrichtung einer Kantine geht, um die Einrichtung einer Kindertagesstätte, dann sind das durchaus eine Investitionen, die es attraktiv machen, dann mehrere Einrichtungen zu haben, die dann dieses nutzen können. Ich hätte auch Schwierigkeiten damit zu sagen, wir wollen nicht auch Behördenzentrum sein, denn das ist auch unsere Aufgabe als Oberzentrum. Da stehe ich auch dazu und würde das als eine ganz kritische Diskussion empfinden, wenn wir sagen, zugunsten des Wohnungsbaus ist es uns recht, wenn die Behörden unsere Stadt verlassen. Das wäre auch im Hinblick auf die Arbeitsplätze und auch auf viele Karlsruherinnen und Karlsruher, die dann speziell dort arbeiten, eine ganz fatale Diskussion.

Ich würde auch darum bitten, dass man die Moltkestraße nicht als Peripherie begreift. Ich sehe schon gute Möglichkeiten. Genauso wie ich das Städtische Klinikum mit dem ÖPNV gut erreichen kann, kann ich auch das Behördenzentrum Moltkestraße gut erreichen. Es geht nicht ganz so gut wie hier am Zirkel, wo man nur vom Marktplatz aus durchlaufen muss, das ist schon klar, aber ich finde, dass das durchaus ein Standort ist, den man sich für das Finanzamt gut vorstellen kann. Von daher empfinde ich es nicht als Verschlechterung des Services oder würde es nicht als Verschlechterung des Services für die Bürgerinnen und Bürger empfinden, sondern ich würde es auch an dieser Stelle nach wie vor für einen sehr zentralen Standort halten.

Das Thema Durlach, da sind wir durch den Eingemeindungsvertrag verpflichtet, das ist auch nachvollziehbar, uns für ein eigenständiges Finanzamt einzusetzen. Es ist aber ebenso klar, dass es am Ende eine Entscheidung des Landes ist, wie und wo es seine Finanzämter oder seine Servicestellen platziert. Auch da bitte jetzt nicht den Eindruck erwecken, wir könnten als Gemeinderat von Karlsruhe entscheiden, wie das Land an welcher Stelle Finanzämter baut oder nicht, sondern je nachdem, zu was die sich entscheiden, ist es auch eventuell so, dass wir überhaupt nichts dagegen machen können. Wenn Sie irgendwo hingehen würden, wo es vom Bebauungsplan her sowieso schon möglich ist, dann interessiert sich am Ende keiner mehr dafür, ob wir es zu weit weg von der Innenstadtlage halten oder sowieso für den falschen Ort. Hier haben wir die

Möglichkeit mitzugestalten, weil wir einen solchen Bebauungsplan beschließen müssen. An anderer Stelle in der Stadt hätten wir diese Möglichkeit nicht. Kein Land auf der Welt ist verpflichtet, mit der Gemeinde bis in Letzte überzeugende Argument den Standort eines Finanzamtes ausdiskutieren. Das bitte an der Stelle noch einmal zur Klärung.

(Zuruf **Stadtrat Dr. Fischer/KULT**)

Das Thema Servicequalität habe ich schon in mehreren Diskussionen mit dem Land angeführt. Das Land sagt ganz klar, sie brauchen in der Innenstadt eine Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger, wenn die ihre Formulare abholen wollen, wenn die ihre Unterlagen abgeben wollen. Es ist aber natürlich nicht nötig, dass alle Sachbearbeiter dann auch zentral untergebracht sind. Auch die Idee, der Servicegedanke für die Bürgerinnen und Bürger wiegt so schwer, dass wir damit auf alle Fälle verhindern, dass es zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen in größerer Zahl kommt, auf diese Sicherheit können Sie nicht bauen, denn am Ende würde eine Schalterhalle ausreichen, um diese Dinge einfach in Empfang zu nehmen, und dann wird es an anderer Stelle bearbeitet. Das wäre ein Modell, das es anderswo auch schon gibt. Das wäre auch sehr funktionsfähig.

Das nur einfach noch zu den verschiedenen Argumenten. Die Bürgerbeteiligung, weil das auch in einem Wortbeitrag angesprochen wurde, würde bei einem solchen Bebauungsplanverfahren nicht wegfallen, sondern sie würde dann ganz formal erst mal richtig einsetzen. Auch das ist etwas, was ich noch mal unterstreichen möchte. Natürlich ist es ein gewisser Grundsatzbeschluss oder wäre es das. So gesehen, würde man dann schon mit einem gewissen Elan auch in einer bestimmten Richtung marschieren.

Was mir auch noch ganz wichtig ist, das ist bei Ihrem Beitrag, Herr Geiger, sehr deutlich geworden: Wir können den Bürgerinnen und Bürgern auch nicht sagen, dass hier an der Stelle nie etwas passieren wird, sondern wenn es hier eine maßvolle Wohnbebauung geben würde, haben wir durchaus signalisiert, könnten wir uns das gut vorstellen, weil aus meiner Sicht dieser Innenbereich völlig untergenutzt ist und auch eigentlich noch aufgewertet werden könnte. Es ist also auch nicht so, dass es hier darum geht, gegen alles zu sein, sondern es ist durchaus so, dass wir auch die Bereitschaft hätten von Seiten der Stadt - ich habe das aus vielen Beiträgen jetzt auch gehört -, hier im Rahmen einer Innenentwicklung zu einer maßvollen Wohnbebauung durchaus den Weg zu ebnen. Hier haben wir dem Land auch angeboten, dass wir dafür das Grundstück oder ein Teilgrundstück gerne erwerben würden. Das ist bisher nicht akzeptiert worden. Aber auch das sollte kein Vorwurf an das Land sein, denn das Land kann selbst entscheiden, was es mit seinen Grundstücken macht. Bloß, weil wir da im Moment gerade eine gewisse Idee haben, ergibt sich daraus noch keine Verpflichtung.

Das noch einmal zu den Inhalten. Dann bitte ich Sie jetzt um das Kartenzeichen, ob Sie dem Vorschlag folgen oder nicht.

(**Stadtrat Dr. Fischer/KULT**: CDU geht mit - na klar!)

- Mit 24 : 23 ist es abgelehnt. Dann ist es doch eine sehr knappe Entscheidung.

Zur Beurkundung:
Der Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
11. Februar 2015